

Wien, am Dienstag, den 2. August 1927

Englische Arbeiter im Wiener Rathaus. Eine grössere Gruppe von Mitgliedern der Workers Travel Association aus London besuchte heute vormittags das Wiener Rathaus. Die Gäste wurden im Empfangssaal des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling begrüsst, der sie namens des Bürgermeisters herzlich willkommen hiess. Der Führer der Reisegesellschaft Dr. Read übersetzte die Ansprache ins englische und dankte in deutscher Sprache für den freundlichen Empfang, den die Besucher nicht nur im Rathaus, sondern überall in Wien gefunden haben. An den Empfang schloss sich eine Führung durch die Festräume und die Sammlungen des Rathauses an.

Holländische Pflegeeltern in Wien. Seit einigen Tagen weilen ungefähr 400 Männer und Frauen aus Holland in Wien, die zum Besuche der Kinder gekommen sind, die nach dem Krieg, in der Zeit der grössten Not in wahrhaft hochherziger Weise, von holländischen Pflegeeltern betreut worden sind. Gegen Mittag wurden die holländischen Gäste in Gemeinderatssitzungssaal in Vertretung des Bürgermeisters von Vizebürgermeister Emmerling empfangen. In seiner Ansprache hob der Vizebürgermeister insbesondere das grosse Liebeswerk der Holländer für die Wiener Kinder, vollbracht in schwerster Zeit, dankend hervor. Menschen, die so edel an dem schönsten, das eine Nation besitzt, an den Kindern, gehandelt haben, werden dauernd der Verehrung und des Dankes der ganzen Kulturwelt sicher sein. Namens der Gäste dankte Präsident H. G. Tulp (Hilversum) für den herzlichen Empfang, der den holländischen Pflegeeltern immer in angenehmer Erinnerung bleiben wird.

Unter sachkundiger Führung besichtigten die Gäste sodann das Rathaus.

## WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 2. August 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um fünf Uhr nachmittags die Sitzung. Es wird sofort in die Verhandlungen eingegangen. Zuerst berichtet Stadtrat Weber über die Neuregelung der städtischen Unfallrenten auf Grund der Verordnung des Ministeriums für soziale Verwaltung vom 21. Juni dieses Jahres.

G. R. Haider (E. L.) tadelt, dass den Bediensteten der Gemeinde Wien, die Pension um den Bezug der Unfallrente gekürzt wird. Wenn zum Beispiel ein Strassenbahner zum Krüppel wird und er eine Pension von zweihundert Schilling bezieht, er Anspruch auf eine Unfallrente von hundert Schilling hat, so erhält er nur die zweihundert Schilling Pension, die Unfallrente aber nicht. In keinem Vergleich zu einem solchen Vorgehen stehen die diesbezüglichen Bestimmungen beim Bund. Dort werden einem Angestellten erst nach einer Teilnahmzeit von fünfzehn Jahren beim Pensionsinstitut die Pensionen, wenn der Mann in den Genuss der Unfallrente tritt, um ein bis zwanzig Prozent gekürzt. Der Zustand, wie er jetzt bei der Gemeinde ist, ist unhaltbar und muss aus der Welt geschafft werden.

In seinem Schlusswort weist Stadtrat Weber darauf hin, dass die städtische Angestelltenfürsorge um vieles besser ist, als beim Bund, worauf die Vorlage angenommen wird.

St. R. Weber ersucht um Genehmigung des Bauentwurfes des Kindergartens Sandleiten. Die Kosten betragen 1,086.000 Schilling.

G. R. Höppeler (E. L.) protestiert gegen die nicht gesetzmässige Anwendung des Paragraph 96. Schummeier habe einmal dem Bürgermeister Neumayer wegen seiner Schwerhörigkeit einen Schandfleck auf den Bürgermeistertstuhl genannt. Bürgermeister Seitz nun müsse wegen der Handhabung des Paragraph 96 auch ein Schandfleck auf dem Bürgermeistertstuhl genannt werden. Gegen die Errichtung von Kindergärten ist nichts einzuwenden. Trotzdem aber kann die Minderheit nicht für diesen Antrag stimmen, weil die Kindergärten unter dieser Verwaltung eine Parteischule für die Sozialdemokraten darstellen, wo schon die Kinder in die Lehren des Marxismus eingeführt werden. Der Redner bemängelt weiters, dass die Urlaube der Kindergärtnerinnen mit Rücksicht auf ihre nervenaufreibende Tätigkeit viel zu kurz sind und wünscht, dass den Kindergärtnerinnen längere Urlaube gewährt werden. Er fordert schliesslich, dass gegen zwei Kindergärtnerinnen, die am 15. und 16. Juli ihrem Dienst fern geblieben sind, die Disziplinaruntersuchung eingeleitet werde.

Der Vorsitzende, Gemeinderat Linder, ruft den Gemeinderat Höppel er wegen des Ausdruckes Schandfleck zur Ordnung.

Im Schlusswort erklärt Stadtrat Weber, dass die Anwendung des § 96 in diesem Fall deswegen notwendig war, weil durch den verzögerten Baubeginn der Gemeinde ein Schaden erwachsen wäre. Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte wird sodann ein Antrag des Stadtrates Weber angenommen, einen Zuschusskredit von hunderttausend Schilling für Ersatzaufführungen in Wohnhäusern zu genehmigen.

St. R. Weber ersucht um Genehmigung der Errichtung des Hausgehilfinnenheimes in der Radetzkystrasse. Es wurde zu diesem Zweck ein Hotel angekauft und die Ausgestaltung dieses Hotels kostet 80.500 Schilling. In dem Heim werden nach der vollendeten Ausgestaltung 150 Hausgehilfinnen Aufnahme finden. Er ersucht weiters um Genehmigung eines Sachkredittes von 110.000 Schilling für die Ausgestaltung eines Schultraktes in der Schule Rahlgasse in ein Hausgehilfinnenheim. Das Heim ist bereits in Betrieb und sind dort 100 Hausgehilfinnen untergebracht.

G. R. in Dr. Motzko (E. L.) verwahrt sich ebenfalls gegen die Anwendung des Paragraph 96. Die Uebergabe des Hausgehilfinnenheimes in der Rahlgasse an den sozialdemokratischen Verein "Einigkeit" erfolgte keineswegs nach den Grundsätzen der Leistungsfähigkeit. Die Gemeinde hätte müssen feststellen, welcher Verein das Heim so gut als möglich führen kann. Der Verein Einigkeit ist aber weit nicht so stark, wie der Verband christlicher Hausgehilfinnen, der sich aus eigener Kraft ein grosses Heim geschaffen hat, der ein Altersheim für ausgediente Hausgehilfinnen besitzt und zwei sehr schöne Erholungsheime verwaltet. Dieser Verband hat den Kreis seiner Tätigkeit längst erweitert, er nimmt sich auch der Hausgehilfinnen an, die nicht Mitglieder sind. Das ist der leistungsfähige Verein und an den hätte sich die Gemeinde wenden müssen. Der Verein Einigkeit hat von den Hausgehilfinnen, die in das Heim Aufnahme finden wollten, eine Einschreibgebühr von einem Schilling, eine Wäschegebühr von 2.50 Schilling und eine Nöchtigungsgebühr von vierzig Groschen verlangt. Später sind dann diese Gebühren ermässigt worden. Wo soll aber eine obdachlose Hausgehilfin solche Beträge hernehmen? Der Verband christlicher Hausgehilfinnen muss die ganze Wohnbausteuer zahlen und wird von der Gemeinde nicht im geringsten unterstützt. Die sozialdemokratische "Einigkeit" bekommt von der Gemeinde eine komplett eingerichtete Anstalt, wird von jeder Steuerleistung befreit und bekommt ausserdem noch eine städtische Subvention. Das wirft kein gutes Licht auf die Verwaltung des Rathauses und die Mehrheit müsste sich endlich angewöhnen, auf dem Weg der Fürsorge objektiv zu sein. (Beifall).

G.R. Untermüller (E.L.) meint, dass der Paragraph 96 nur angewendet wurde, weil man dieses Heim noch vor den Wahlen eröffnen wollte, um mit einer neuen Leistung punkten zu können. Es musste sogar Sonntags gearbeitet werden, damit das Haus noch vor dem 24. April eröffnet werden konnte. Tatsache ist, dass man einen sozialdemokratischen Verein aus Gemeindegeldern ein eingerichtetes Heim übergeben hat und dieser Verein dann daraus Vorteile zieht. Es werde hier eine einseitige Parteipolitik mit Gemeindegeldern betrieben. Heute handelt es sich um 800.000 Schilling, die diesem Zweck dienen, aber auch früher wurden schon grosse Summen für ähnliche Zwecke ausgegeben. Die Minderheit könne solchen Anträgen nicht zustimmen.

St.R. Weber entgegnet, dass der Verein Einigkeit bereits in Rudolfsheim ein Hausgehilfinnenheim führe. Es sind aber Beschwerden gekommen, dass dieses mustergültiggeführte Heim viel zu klein ist, um allen Anforderungen entsprechen zu können. Aus diesem Grund hat die Gemeinde diesem Verein das Hausgehilfinnenheim zur Verwaltung übergeben.

Der Antrag wird angenommen.

G.R. Hofbauer (soz. dem.) beantragt einen Zuschusskredit von 191.200 Schilling für den städtischen Gartenbetrieb. Es wurde eine grössere Zahl von Gartenarbeitern aufgenommen, als im Voranschlag vorgesehen war.

G.R. Körber (E.L.) beantragt, dass die Bauhütte vor der Kirche am Volkshausplatz entfernt werde, so dass die dortige Gartenanlage ausgebaut werden kann. Die Bauhütte ist bereits dreissig Jahre alt und ziemlich beschädigt. Sie wurde im Vorjahr von der Kirche der Gemeinde zum Zwecke der Demolierung übergeben.

G.R. Hofbauer erwidert, dass diese Bauhütte ausgebessert wird und den dort spielenden Kindern als Schutz bei schlechtem Wetter dienen soll. Eine Entfernung könne daher nicht befürwortet werden.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag des Gemeinderates Körber abgelehnt.

G.R. Schmid (soz. dem.) ersucht um einen Zuschusskredit von 17.719 Schilling für die städtischen Sommerbäder Hohe Warte und Kongressplatz.

G.R. Erban (E.L.) regt die Anlage eines Plantschbeckens im Sommerbad auf der Hohe Warte, eine bessere Erhaltung der Rasenfläche in den städtischen Bädern und schliesslich die Ausgabe von Badewäsche in verschiedenen Grössen, weil die Badewäsche, die derzeit in den städtischen Bädern ausgegeben wird, eine Badewäsche für Liliputaner ist.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schmid, die Anregungen des Gemeinderates Erban weiterzuleiten, worauf der Antrag angenommen wird.

Ohne Debatte wird sodann der Antrag des Gemeinderates Schmid angenommen die Expensenote des Rechtsanwaltes der Gemeinde Wien in der Prozesssache gegen die Wientalwasserleitungsgesellschaft in der Höhe von 46.000 Schilling zu genehmigen.

Ohne Debatte werden dann auf Antrag des Gemeinderates Schneider die Ziegellieferungsverträge und ein Zuschusskredit für den Wasserbezug aus der Wientalwasserleitung angenommen.

G.R. Schneider ersucht um Genehmigung eines Zuschusskredites von eineinhalb Millionen Schilling zur Fertigstellung von Strassenbauten.

G.R. Untermüller (E.L.) erklärt, dass die Minorität mit den Präliminierungen für die Strassenpflegemacht einverstanden sein kann. Er wünscht weiters die Beschleunigung der Abgrabungsarbeiten auf dem inneren Mariahilfergürtel. Dort sind nur sechs Mann beschäftigt, was unbedingt zu wenig ist.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Schneider, dass die Abgrabungsarbeiten auf dem inneren Mariahilfergürtel nach Tunlichkeit beschleunigt werden. Es handelt sich da um 5000 Kubikmeter, die abgegraben sind, und diese Arbeit erfordert längere Zeit. Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Huess beantragt die Subventionierung der Jugendschriftenstelle für Blinde Kinder mit 750 Schilling.

G.R. Merbaul (E.L.) erklärt, dass diese Subvention gar nichts bedeute. Die eingesammelten Gelder nach den Blindensammeltagen werden verpulvert und für die armen blinden Kinder wird nichts getan. Es ist endlich Zeit, dass die Blindenfürsorgestelle der Gemeinde Wien eingreife.

Nach der Entgegnung des Gemeinderates Huess, dass die Jugendschriftenstelle nur um eine Subvention von 600 Schilling angesucht habe wird der Antrag angenommen.

Ohne Debatte wird sodann ein Antrag des Gemeinderates Huess angenommen, dem Zentralverein für Hauskrankenpflege mit 2000 Schilling zu subventionieren.

Ferner beantragt Gemeinderat Huess, dem Zentralverein der Wiener Lehrerschaft für die Kosten der von ihm veranstalteten Pestalozzifeier einen Kostenbeitrag von fünfhundert Schilling zu bewilligen.

G.R. Höppeler (E.L.) erklärt, dass der Antrag wieder einmal so recht die parteimässige Einstellung der Personalpolitik beweise. Es gibt ausser dem Zentralverein noch andere Lehrerorganisationen in Wien, die ebenfalls eine Pestalozzifeier veranstaltet haben, denen jedoch kein Kostenbeitrag zugesprochen wird. Der Redner bespricht sodann die Ergebnisse der Wahlen in die Qualifikationskommission, in die Disziplinarkommission und in die Jugendschriftenprüfungskommission und erklärt, dass der Zentralverein in der Wiener Lehrerschaft nicht mehr die Majorität habe.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Huess, dass bei den von Gemeinderat Höppeler besprochenen Wahlen die kleinen Organisationen nur eine Zufallsmehrheit erlangt haben. Der Antrag wird sodann angenommen. Weiters beantragt Huess, die Wiener Urania mit 15.000 Schilling zu subventionieren.

G.R. Müller (E.L.) stellt an den Referenten die Anfrage, welcher Platz in Mariahilf für das zu errichtende Zweighaus Mariahilf der Wiener Urania in Aussicht genommen sei.

G.R. Huess erwidert, dass die Gemeinde der Wiener Urania eine Reihe von Plätzen angetragen habe, der Vorstand der Urania jedoch noch keine Entscheidung getroffen habe.

Der Antrag wird sodann angenommen und weiters ohne Debatte der Antrag des Gemeinderates Huess, die Subvention des Künstlerbundes Hagen mit 8000 Schilling zu genehmigen.

Ohne Debatte werden sodann zwei Subventionsanträge des Gemeinderates Weigl angenommen, der auch beantragt, der ersten österreichischen Krüppelarbeitsgemeinschaft ein unverzinsliches Darlehen von tausend Schilling zu gewähren.

G.R. Merbaul (E.L.) erklärt, dass das Darlehen eine Schande sei. In allen grossen Städten findet man grosseingerichtete Krüppelwerkstätten, nur Wien habe für die Krüppeln nichts übrig. Für die Gemeindegasse werden 50 Milliarden hinausgeworfen, aber für die Krüppel habe Breitner kein Geld.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Weigl, dass die Krüppelarbeitsgemeinschaft nur um ein Darlehen angesucht habe. Die Gemeinde habe der Arbeitsgemeinschaft die Werkstättenräume zur Verfügung gestellt, vor dem Darlehen wurde die Arbeitsgemeinschaft bereits subventioniert und überdies wird jetzt die Arbeitsgemeinschaft eine Kinokonzession erhalten. Die Gemeinde leistet für die Krüppel was sie kann. Der Antrag wird sodann angenommen.

St.R. Speiser referiert über die Erhöhung der Reinigungs- und Heizzulagen der städtischen Schulwärts. Die Erhöhung mache 30 Prozent aus und ergibt ein Jahresmehrerfordernis von 138.522 Schilling.

G.Rtn. Schlösinger (E.L.) erklärt, dass diese Erhöhung

nichts anderes als ein Wahlgeschenk für die Schulwarte bedeute. Die Gebühren der Schulwarte machen nur das zehntausendfache der Friedensgebühren aus, wobei sie noch überdies um den Achtsturentag geprellt wurden. Die Reinigung der Fenster in den Schulen ist sehr mangelhaft; sie erfolgt nur zweimal im Jahr. Rednerin beantragt, dass die Fenster in den Schulen so wie früher alle zwei Monate zu reinigen sind. Sie bezeichnet schliesslich die Reinigungsgebühren für die Schulwarte als ungenügend und wünscht eine bessere Sorte von Dienstkräften für die Schulwarte oder eine entsprechende Entschädigung in Geld.

G.R. Haider (E.L.) erklärt, dass diese Regulierung nur den Schein erwecke, als würde den Schulwarten etwas gegeben werden. Früher haben die Schulwarte für die Beheizung der Schule eine Entschädigung erhalten, jetzt müssen sie das umsonst machen. Die Vorlage nimmt auch die Schulen, in denen Jugendhorte untergebracht sind von der Bezugsregulierung aus, weshalb Redner die Streichung dieses Punktes beantragt.

St.R. Speiser erwidert, dass bereits im Oktober 1926 die Vereinbarungen mit den Schulwarten über die neue Regelung ~~mittels~~ der Gebühren protokollarisch festgelegt wurde, weshalb also von einem Wahlschlager nicht gesprochen werden kann. Eine Streichung des Punktes über die Schulen mit den Horten ist unzuweckmässig, weil hier gesonderte Verhandlungen geführt werden. Für die Schulwarte hat niemals der Achtsturentag Geltung gehabt, weil es sich hier um keine Industriearbeiter, sondern um Bedienstete handelt, die sehr viel Anwesenheitsdienst leisten müssen. Eine öftere Reinigung der Fenster wäre gewiss begrüssenswert, vorläufig aber hindere die grosse Ausgabe die Durchführung.

Die Vorlage wird genehmigt, der Antrag des Gemeinderates Haider wird abgelehnt und der Antrag der Gemeinderätin Schlösinger der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen.

St.R. Speiser berichtet nunmehr über fünf Vorlagen, die ohne Debatte genehmigt werden. Es handelt sich um die Eingliederung der Arbeiter der städtischen Bäckerei in die Pensionskasse der Kollektivvertragsbediensteten, um Neueinrichtungen von Bediensteten des städtischen Schlachthofes, um die Schaffung von neuen Stellen im Schlachthofbetrieb, um Arbeitsverträge für die Pensionskasse der Gemeinde Wien und um die Gehaltsregulierung der Feuerwehrbediensteten.

G.R. Dr. Friedjung (soz. dem.) beantragt die Genehmigung eines Zuschusskredites von 50.000 Schilling für Milch in den städtischen Kindergärten. Die Mehrausgabe ist dadurch entstanden, dass seit dem 1. Mai an Stelle der Kondenzmilch Frischmilch gegeben wird.

G.R. Huber (E.L.) bemängelt, dass die Gemeinde die Milch bei der Vereinsmolkerei um 52 Groschen pro Liter kauft, während bei der Miag nur 47 Groschen zuzahlen wären. Erst später hat auch die Vereinsmolkerei den niedrigeren Preis berechnet, aber noch <sup>bis</sup> 1. Juli musste die Gemeinde 52 Groschen zahlen. Die Gemeinde hat selbst ein Unternehmen, die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft, die täglich 14 bis 16.000 Liter Milch erzeugt. Die Gemeinde kauft aber die Milch nicht beim eigenen Unternehmen, sondern verkauft diese Milch um 37 Groschen an die Vereinsmolkerei, um sie dann um 47 Groschen wieder zurückzukaufen. So werde mit den Steuer-geldern gewirtschaftet. Vielleicht sei dies darauf zurückzuführen, weil beim Präsidenten dieser Molkerei manche Führer der Partei zu Gäste sind. Würde die Gemeinde die Milch von der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft kaufen, dann könnten dieser Gesellschaft jährlich rund 100.000 Schilling Mehreinnahmen zufließen und die Gemeinde würde noch 255.000 Schilling ersparen. Statt dessen bezieht die Vereinsmolkerei täglich 10.000 Liter Milch aus der Tschechoslowakei und unsere heimischen Milchproduzenten können die Milch nicht verkaufen. Hier sollte der Finanzreferent Ordnung machen (Beifall).

G.R. Friedjung antwortet, dass für die Kindergärten nur eine molkereimässig behandelte Milch verwendet werden könne. Die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft besitze aber nicht die technischen Einrichtungen und es lohne sich auch nicht bei der verhältnismässig geringen Produktion derart kostspielige Investitionen zu machen.

Der Antrag wird angenommen.

Ohne Debatte werden weiters Berichte des Gemeinderates Friedjung über gärtnerische Ausgestaltung von Friedhöfen, ein Zuschusskredit von 250.000 Schilling für die Erhöhung der Pflege- und Kostgelder, ein Zuschusskredit von 7000 Schilling für die Pflege und Erhaltung der Wege und Gartenanlagen im Lainzer Versorgungshaus, die Erhöhung der Handgelder und der Entlohnung der Pflöglinge in den städtischen Versorgungsanstalten und die Uebernahme der beiden Apotheken in Lainz und Steinhof in den Eigenbetrieb der Gemeinde zur Kenntnis genommen.

Vizebürgermeister Emmerling ersucht um die nachträgliche Genehmigung einer Verfügung des Bürgermeisters über die Anschaffung von Gasmessern.

G.R. Zimmerl (E.L.) bezeichnet es als charakteristisch für die Geschäftsführung, dass dieses Stück, das bereits seit März auf der Tagesordnung steht, erst jetzt zur Verhandlung kommt. Die Opposition müsse gegen diese Art der Geschäftsführung protestieren.

Redner erinnert ferner daran, dass er bereits vor Monaten an den Referenten die Anfrage wegen der Bankkredite der städtischen Unternehmungen gerichtet habe. Damals wurde ihm erwidert, dass diese Bankkredite nichts mit steuertechnischen Massnahmen zu tun haben. Ein anderes Mal hat der Referent wieder gesagt, dass diese Bankkredite schon deshalb mit der Frage der Besteuerung der Unternehmungen nichts zu tun haben, weil den städtischen Unternehmungen vom Bund noch gar keine Steuer vorgeschrieben worden ist. Redner frage deshalb, wie hoch sind die Kredite der städtischen Unternehmungen, auf welche Zeit sind sie gewährt worden und aus welchen Mitteln werden sie bestritten.

Schliesslich wünscht der Redner Auskunft über die Investitionsanleihe, die der Wiener Landtag am 1. April beschlossen habe. Schon damals habe er gefragt, ob man es ernst meine oder ob es sich nur um einen Wahlschlager handle. Seit dem sind vier Monate verflossen und man hat über diese Anleihe noch immer nichts gehört. Das Hinausziehen kann sich schwer rächen, weil jetzt die Aussichten für Oesterreich bei der Erlangung von Auslandsanleihen etwas schlechter sind. Das ist die Tragik aller Ihrer revolutionären Akte, dass die Arbeiter ihr Blut vergiessen müssen, die Arbeitslosigkeit nicht zurückgeht aber die Kapitalisten, die Sie angeblich bekämpfen, für ihr Geld eine bessere Verzinsung bekommen. Der Zinsfuß ist jetzt um ein Prozent erhöht worden und es ist nicht unmöglich, dass auch die Gemeinde beim Abschluss der Anleihe schlechtere Bedingungen gewärtigen muss.

G.R. Zimmerl bespricht dann noch die Frage der Vorauszahlung für Gas und elektrischen Strom. Bei der Einführung dieser Vorauszahlungen hat man an ihnen eine Zwangsanleihe erblickt. Heute aber sind sie ein Raub an den Konsumenten. Auf Grund von Erklärungen der Mehrheit konnte man meinen, dass diese Vorauszahlungen doch einmal zurückgegeben werden. Es handelt sich um dreissig bis vierzig Milliarden, die den Konsumenten widerrechtlich vorenthalten werden. (Beifall).

Vizebürgermeister Emmerling erwidert, dass die Vorauszahlungen ein Teil des Betriebskredites der städtischen Unternehmungen sind. Eine Rückerstattung würde die Betriebe ihres Kredites berauben und zu einer Erhöhung der Tarife führen. Ueber die Bankkredite könne wohl am besten im Finanzausschuss ein genauer Bericht erstattet werden.

Die Vorlage wird angenommen.

Vizebürgermeister Emmerling beantragt eine Reihe von Investition-  
nen im städtischen Gaswerk.

G.R. Zimmerl (E.L.) bemängelt, dass der Referent auf seine An-  
fragen ungenügend geantwortet habe. Es scheint doch so zu sein, dass man  
nicht die richtige Antwort geben wollte.

Vizebgm. Emmerling entgegnet, dass es nicht gelingen werde, eine  
so wichtige und ernste Sache wie es die Aufnahme der Investitionsanleihe  
sei, heute im Gemeinderat öffentlich zu behandeln. Die Mehrheit würde die  
Interessen der Stadt schlecht wahren, wenn sie dies täte. Das Programm  
werde nach Möglichkeit schon jetzt durchgeführt, was die Anträge der letz-  
ten Gemeinderatssitzungen beweisen. Es wurden fünfzig Autobusse bestellt,  
der Bau der notwendigen Garagen beschlossen und so dem Wiener Gewerbe  
und der Industrie schon jetzt eine ausgiebige Beschäftigung gesichert.  
Auf diesem Weg wird weiterschritten werden (Beifall).

Die Anträge werden angenommen.

Sodann werden <sup>acht</sup> Berichte des Vizebürgermeisters Emmer-  
ling angenommen. Es handelt sich um die Erhöhung eines Koksblöschanlage  
in Gaswerk Leopoldau, um Gleisbestellungen bei der Strassenbahn, um Aus-  
gestaltung der öffentlichen Beleuchtung, weiters um die Errichtung eines  
Waaghauses im Gaswerk Simmering, um den Aufbau des Wohlfahrtsgebäudes im  
Gaswerk Leopoldau, um die Herstellung von Sicherheitseinrichtungen im Stel-  
lenwerk Meidling-Hauptstrasse, um die Anschaffung von zwei Autobussen  
im Kraftstellwagenbetrieb zwecks Ergreifung und schliesslich um die Auf-  
kündigung des Beleuchtungsvertrages in Lang Enzersdorf.

Vizebgm. Emmerling berichtet sodann über die Herstellung der  
Gleisschleife auf der Stadtbahnstrecke beim Michelhäuern.

B.R. Daffinger (E.L.) erklärt, dass dieses Geschäftsstück  
bereits am 27. Mai auf der Tagesordnung stand. Erst heute darüber zu ver-  
handeln, sei einfach lächerlich. Er bemängelt, dass die Waagenhalle im Mi-  
chelhäuern nur eine Ein- und Ausfahrt hat und erklärt, dass die Gleisan-  
lage schlecht angelegt ist. Er ersucht, auch an Wochentagen von der Gür-  
tellinie einen direkten Verkehr nach Hütteldorf zu führen.

Vizebgm. Emmerling entgegnet in seinem Schlusswort, dass bei  
Gleisanlagen unbedingt Gleiskreuzungen vermieden werden müssen, weshalb  
auch die Schleife, so wie sie ist, angelegt werden musste. Der Antrag wird  
sodann angenommen.

Ohne Debatte werden sodann auf Antrag des Vizebürgermeister  
Emmerling Sachkredite für Neueinrichtungen in der Hauptwerkstätte Hiet-  
zing und für Sicherheitseinrichtungen auf der Stadtbahn genehmigt.

G.R. Böhm (S.D.) referiert über die Erbauung eines Kühl-  
halle und einer Sammelkage für Schweine in der Wiener Kontumazanlage.  
Die Kosten betragen über zwei Millionen. Der Antrag wird ohne Debatte  
genehmigt.

G.R. Böhm berichtet über die Erbauung der Wohnhausanlagen Hagen-  
müllergasse 5 und Hagenmüllergasse 14 - 16.

G.R. Darisamer (E.L.) tadelt, dass in der Wohnhausanlage, Hagen-  
müllergasse 5, ein städtisches Jugendheim eröffnet werden soll, obwohl  
gegenüber sich schon lange Zeit ein Jugendheim der Salesianer befindet.  
So ein Konkurrenzmanöver sei nicht am Platz. Bei der Wohnhausanlage Hagen-  
müllergasse 14 - 16 sei es mit Rücksicht auf die Anreiner unzulässig,  
Quertraktbauten aufzuführen, wodurch den Arbeitern, die in den Nachbar-  
häusern wohnen, Luft und Licht genommen wird.

In seinem Schlusswort erklärt Gemeinderat Böhm, dass erst bei  
Aufführung von  
/Neubauten bezüglich der Lichtschächte der angrenzenden alten Häuser  
sich so recht die Synde zeigt, die die früheren Bauherren begangen haben.

G.R. Böhm beantragt sodann die Genehmigung von Bauplänen für  
städtische Wohnhausanlagen am Alsergrund, Dorsaygasse mit einem Kosten-  
aufwand von 800.000 Schilling und in der Brigittenau Kluckygasse mit  
einer Baukostensumme von 1.450.000 Schilling. Beide Anträge werden ohne  
Debatte genehmigt.

G.R. Schön berichtet über Ausgestaltungen der Märkte und  
Schlachthöfe und beantragt die Bewilligung von Zuschusskrediten. Auch  
diese Anträge werden ohne Wortmeldung angenommen.

G.R. Rausnitz beantragt die Anschaffung von fünf Quecksilber-  
dampfgleichrichteranlagen. Die Kosten betragen 1.320.000 Schilling und  
die Vorlage wird ohne Debatte genehmigt.

G.R. Suchanek beantragt den Verkauf von Liegenschaften in  
Pitten und den Ankauf eines Grundstückes in Hietzing. Beide Anträge wer-  
den ohne Debatte angenommen.

G.R. Thaller berichtet über Subventionsgesuche. Ohne Debatte  
wird beschlossen der Gesellschaft zur Förderung der Kunstgewerbeschule  
2000 Schilling, der Gesellschaft der Musikfreunde 5000 Schilling, dem  
Verein Künstlerheim 1000 Schilling, dem Gesellschafts- und Wirtschafts-  
museum 10.000 Schilling, und dem Albrecht Dürerbund und der Genossen-  
schaft der bildenden Künstler Ehrenpreise zu gewähren.

Bei dem Referat des Gemeinderates Thaller über die Gewährung  
einer Subvention von 3000 Schilling für den Verein für Volkskunde be-  
antragt Frau Gemeinderätin Schlössinger, dass diesem Verein 6000 Schilling  
Subvention gegeben werden sollen, weil das Museum, das ein deutliches  
und vollständiges Bild des österreichischen Volkslebens zeigt,  
nur die Hälfte des Jahres besucht werden kann, was auf die Unmöglichkeit  
der Heizung der Räume zurückzuführen ist. Der Verein könnte mit der er-  
höhten Subvention die Heizanlagen schaffen.

Der Antrag des Referenten wird angenommen, der Antrag  
Schlössinger abgelehnt.

G.R. Wimmer und Gemeinderat Schneider referieren über Zu-  
schusskredite für den Ausbau der städtischen Bedürfnisanstalten, die  
ohne Debatte bewilligt werden.

Schliesslich wird ohne Debatte nach einem Bericht des Stadt-  
rates Kojrda der Verkauf von Weinkellereien genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Bürgermeister Seitz sagt, dass der Gemeinderat dieses Jahr  
die Sitzungen bis weit hinein in die Sommerzeit abhalten musste. Wir wer-  
den die Sitzungen auch bald wieder einberufen müssen. Von Ferien kann  
dieses Jahr keine Rede sein. Wir werden jetzt kurze Zeit aussetzen und in  
dieser Zeit auf Grund des Paragraph 102 durch den Stadtsenat oder auf  
Grund des Paragraph 96 unsere Entschädigungen fällen müssen.

Der Bürgermeister schliesst um 10:30 Uhr die Sitzung.